

POSTULAT von Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Rosmarie Joss (SP, Dietikon) und Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil)

betreffend Chancengleichheit auch beim Mensa-Besuch

Der Regierungsrat wird eingeladen, verbindlich aufzuzeigen, wie die Preise der Verpflegung in der Mittelschule vereinheitlicht werden können. Weiter wird der Regierungsrat aufgefordert zu zeigen, wie einheitliche Standards für eine nachhaltige und ökologische Verpflegung eingeführt und umgesetzt werden können.

Michèle Dünki-Bättig
Rosmarie Joss
Carmen Marty Fässler

Begründung:

In seiner Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 254/2020 hält der Regierungsrat fest, dass gegenwärtig Gespräche mit den Mensabetreibenden geführt werden, um «Standards in den Bereichen Nachhaltigkeit und Ökologie festzulegen, das Angebot zu erneuern und die Preise auf ein durch die Qualitätserweiterung begründetes Niveau anzupassen.» Weiter führt er aus, dass die Mensabetriebe nicht direkt subventioniert werden. Es werde ihnen lediglich die bauliche Infrastruktur vor Ort zur Verfügung gestellt. Der Regierungsrat stellt in Aussicht, dass eine Harmonisierung des Angebots und damit auch der Preise in den Mensabetrieben der Sekundarstufe II angestrebt wird. Als Grundlage dazu soll die Standardisierung der Nachhaltigkeits- und Qualitätskriterien dienen.

Chancengleichheit in der Bildung ist zentral und ist nicht nur im Klassenzimmer relevant. Das Prinzip der Chancengleichheit gilt auch für die Kosten, die durch den Schulbesuch entstehen und dadurch auch für die Verpflegung in der schuleigenen Mensa. Damit die Schülerinnen und Schüler leistungsfähig sind und auch volle Konzentration erbringen können, brauchen sie gesunde, ausgewogene Nahrung und ein ausreichendes Angebot an vielfältigen Menüs. Das Essen aus der schuleigenen Mensa sollen sich alle leisten können.

Wie wir uns ernähren, hat Konsequenzen: Falsche Ernährung führt zu beträchtlichen Gesundheitskosten. Die Ernährung und die damit verbundene industrielle Produktion von Lebensmitteln verstärkt die Klimaerhitzung, vernichtet Lebensgrundlagen und Ressourcen. Es braucht deshalb ein Umdenken hin zu weniger Fleischkonsum und Verschwendung und dafür zu mehr regionalen und saisonalen Lebensmitteln aus nachhaltiger Landwirtschaft.

Der Kanton Zürich zeigt, wie Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen und ökologischen und gerechten Ernährungspolitik übernommen werden kann. So kommt der Kanton dem Vorsorgeprinzip nach, stärkt gleichzeitig auch das Bewusstsein für eine nachhaltige, ethische und gesunde Ernährung und trägt seinen Teil zur Sicherung der Lebensgrundlage künftiger Generationen bei.